

Ausreiser '89



Sich selbst aus unserer Gesellschaft ausgegrenzt

Berlin (ADN). Wie der Sprecher des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten mitteilte, sind die ehemaligen Bürger der DDR, die sich rechts-

über die DDR in die BRD ausreisen lassen, obwohl sie grob die Gesetze der DDR verletzten. Die Regierung der DDR ließ sich davon leiten, daß jene Menschen

Dass Auswanderer aus der DDR „Ausreiser“ genannt wurden, obwohl sie doch gar nicht wiederkommen sollten, besaß vielleicht einen wahren Kern. Mit dem Reisen ins Ausland hatte es eine eigene Bewandnis. Hatte man den Bürger einmal passieren lassen, so war er der wachen Kontrolle seiner Staatsmacht entzogen. Bei der Rückkehr ins Land sollten peinliche Kontrollen die Ordnung der Dinge wieder herstellen. Manche aber kehrten nicht zurück. Sie nutzten die Unübersichtlichkeiten am Reiseziel oder gar den erlaubten Aufenthalt im NSW (nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet) für einen endgültigen Abschied von der DDR. Verträge mit den sozialistischen Bruderländern, die auf vergleichbaren Kontrollbedürfnissen aufbauten, garantierten die Zusammenarbeit von Geheimpolizei und Strafverfolgung. Bei Reisenden in den Westen musste man sich aber auf deren Heimatliebe oder ideologische Standfestigkeit verlassen. Angesichts der Rechtsauffassung der BRD hing ihre DDR-Staatsbürgerschaft dort nur noch von ihrem Willen ab. Trotzdem blieben von 3,5 Millionen Westreisenden im ersten Halbjahr '89 nur etwa 4.500 fort. Doch verließen im gleichen Zeitraum 38.917 Bürger der DDR auf offiziellem Wege („ständige Ausreise“) das Land. Daneben aber gab es immerhin noch fast 90.000 Menschen, deren Anträge auf „ständige Ausreise“ abgelehnt oder noch nicht entschieden worden waren.

Kein Wunder, dass sich die DDR jede Reiseerleichterung bezahlen ließ. Das Risiko entgangener Untertanen sollte vergolten sein. Und warum sollte nicht auch die irrationale Anhänglichkeit des westlichen Klassenfeindes an die Einheit der Nation einen Beitrag zur Stärkung des armen sozialistischen Vaterlandes leisten? Umfangreiche innerdeutsche Zahlungen in harten Devisen, zwischen Schalck-Golodkowski und seinen bundesdeutschen Partner ausgehandelt, gehörten zur Manövriermasse im Überlebenskampf der DDR-Außenwirtschaft. Die dabei aufgenötigten Rücksichten auf das internationale Ansehen führten schließlich sogar zur Veränderung des Grenzregimes: Anfang April '89 wurden die Grenztruppen angewiesen, die Schusswaffe nicht mehr einzusetzen zur Verhinderung von Grenzdurchbrüchen, außer bei einer Gefährdung des eigenen Lebens. Der am 6. Februar '89 erschossene Chris Gueffroy sollte der letzte Tote an der Mauer bleiben – gerade damit sich aus der Kontrolle über die Grenze weitere bundesdeutsche Zahlungen erpressen ließen. Noch am 21. November sollte der neue Ministerpräsident Modrow diesen Möglichkeiten nachtrauern, die mit der Maueröffnung endgültig verspielt waren: „Früher hat jeder Grenzübergang der DDR zig oder hundert Millionen gebracht. Jetzt haben wir 93 Grenzübergänge, also 63 dazu, und nun versuchen wir mühsam nachzuklagen, ob wir daraus noch irgendetwas Ökonomisches auf die Beine bringen können, und sie sind nicht sehr entgegennommend.“